

VKU • Invalidenstraße 91 • 10115 Berlin

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Herrn Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
-per E-Mail-

Versorgungssicherheit für die mittelständische Wirtschaft

27.10.2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der Mittelstand ist zugleich Stabilisator wie auch Innovationsmotor für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Diese bedeutende Stellung entwickelten mittelständische Unternehmen in dem Bewusstsein, sich stets auf eine verlässliche Infrastruktur und eine starke Daseinsvorsorge verlassen zu können. Gemeinsam begründen diese Faktoren die besondere Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Eine Stärke, die fundamentale Voraussetzungen hat. Hierzu zählt insbesondere eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Genau diese Basis für Wachstum und Wohlstand ist durch die Auswirkungen der derzeitigen russischen Politik massiv gefährdet. Zum einen stellen die hohen und volatilen Energiepreise zahlreiche Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland in Frage. Zum anderen sehen sich die Stadtwerke als Hauptlieferanten des Mittelstands aufgrund austrocknender Terminmärkte und überbordender Sicherungsforderungen immer weniger dazu in der Lage, langfristig stabile Energielieferverträge anzubieten.

Dies gefährdet die Energieversorgung für den deutschen Mittelstand. Deshalb ist höchster Handlungsdruck gegeben.

BVMW und VKU begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, die Auswirkungen der steigenden Energiepreise mithilfe der angekündigten Entlastungspakete und des Abwehrschirms zumindest teilweise abzufedern. Unabhängig von einzelnen Verbesserungs- und

Ingbert Liebing
Hauptgeschäftsführer
Telefon: +49 30 58 58 0-202
liebing@vku.de
www.vku.de

**VKU Verband kommunaler
Unternehmen e. V.**
Invalidenstraße 91
10115 Berlin

Markus Jerger
Vorsitzender der
Bundesgeschäftsführung
Telefon: +49 30 533206-0
markus.jerger@bvmw.de
www.bvmw.de

Der Mittelstand, BVMW e.V.
Bundeszentrale
Potsdamer Straße 7
10785 Berlin

Beschleunigungsmaßnahmen sehen wir insbesondere in einem Thema besonderen Handlungsbedarf:

Die Stabilisierung des Energiehandels und die Absicherung der energiewirtschaftlichen Lieferketten erfordern unverzügliches Handeln. Die regionalen und kommunalen Energieversorger befinden sich in einer Sandwich-Position. Einerseits sehen sie sich ihren Kunden gegenüber in der Verantwortung und wollen gewachsene Lieferbeziehungen zu Gewerbe- und Industriebetrieben nicht gefährden. Andererseits erhalten sie immer weniger Angebote von Vorversorgern, müssen diese mit hohen Besicherungen versehen und kommen bei steigenden Energiepreisen in der Beschaffung selbst an die Grenzen ihrer Liquidität. Die Leidtragenden sind mittelständische Unternehmen, die von ihren Versorgern immer weniger Angebote für neue Energielieferverträge bekommen. Viel zu oft wird es im Moment unmöglich, überhaupt noch Lieferangebote zu bekommen.

Hier ist Unterstützung der Politik nötig, um den Handel wieder in Gang zu bringen. Kommunale Eigentümer und einzelne Länder haben bereits mit Kapitalzufuhr, Eigentümerdarlehen und staatlichen Liquiditätshilfen reagiert. Aber das allein reicht nicht. Genauso wenig wie sich mittelständische Unternehmen gegen exogene Schocks immunisieren können, ist es Stadtwerken und ihren kommunalen Eigentümern möglich, gestörte Märkte zu stabilisieren. Hier bedarf es der Initiative des Bundes.

Wir appellieren daher dringend an Sie, in enger Abstimmung mit Ländern und Kommunen schnellstmöglich aktiv zu werden, damit die Liquidität der Stadtwerke unterstützt wird und vor allem Termingeschäfte als Basis für längerfristige Lieferverträge mit Industrie und Gewerbe wieder leichter möglich werden. Hierzu empfehlen BVMW und VKU folgende Maßnahmen:

- Bund und Länder müssen sich schnell über ein System flächendeckend verfügbarer staatlicher Kreditlinien oder staatlich garantierter Kredite zur Erhöhung und Stabilisierung der Liquidität von Versorgungsunternehmen verständigen. Es bedarf klarer Grundlagen und Antragsverfahren und einer unbürokratischen Handhabung. Dass auch die Eigentümer ihren Beitrag leisten müssen, versteht sich von selbst.
- Damit Energieversorger gerade auch dem Mittelstand und der Industrie weiter längerfristige Energielieferverträge anbieten können, müssen Sicherheit und Vertrauen in Terminmärkten wiederhergestellt werden. Kreditlinien allein vermögen das nicht, da ihre Inanspruchnahme die Investitionsfähigkeit der Versorgungsunternehmen, z. B. im Rahmen der Energiewende beeinträchtigt. Bei Stadtwerken erhöht sich zudem der Verschuldungsgrad des gesamten Querverbands. Deshalb bedarf es eines bürgschaftsgleichen Garantierahmens des Staates, um das Ausfallrisiko von

Handelspartnern an der Börse und vor allem im außerbörslichen OTC-Handel umfassend abzusichern.

- Neben den notwendigen Maßnahmen in Form von Liquiditätshilfen und Garantieleistungen sollten die Regelungen der Insolvenzordnung im Sinne eines Insolvenzmoratoriums für Industrie, Gewerbe und Energieunternehmen erweitert werden. Mit diesem Schritt hat unser Land in der Corona-Pandemie sehr gute Erfahrungen gemacht. Die gegenwärtige Lage lässt dies in Anbetracht der systemischen Gefährdung unserer Wertschöpfungsketten umso notwendiger erscheinen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
wir danken für Ihr umsichtiges und engagiertes Krisenmanagement. Dennoch müssen wir in den vorgenannten Punkten auf eiligstes Handeln drängen. Nur dann, wenn der Staat jetzt als Garantieträger massiv eingreift, werden wir Produktion und Wertschöpfung aufrechterhalten können.

Bei Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ingbert Liebing, VKU e.V.
Hauptgeschäftsführer



Markus Jerger, BVMW e.V.
Vorsitzender der
Bundesgeschäftsführung